im „Big Brother“-Container, die jetzt zwölf Jahre zurückliegt, und ihre Zeit als Neun-Live-Animateurin, die auch schon fast ein Jahr her ist.

Überraschenderweise hat Lanz neuerdings den Ruf, auch kritisch nachhaken zu können. Das muss daran liegen, dass er es geschafft hat, aus der Zwangsstörung von Menschen, die das Haus nicht verlassen können, ohne wieder und wieder und wieder überprüft zu haben, dass der Herd aus ist, so etwas wie eine Interviewtechnik zu machen.

Als neulich Klaus Wowereit zu Gast ist, der Regierende Bürgermeister von Berlin, hat sich Lanz vorgenommen, ihn zu einer Aussage zu bringen, wer der Kanzlerkandidat der SPD wird.

Lanz bietet Wowereit 400 Euro, die er auf einen der Bewerber setzen sollte. Er fragt ihn noch mal. Er will wissen, wie viel er auf Steinbrück wetten würde. Er fordert ihn auf, Sätze zu vollenden: „Steinbrück ist die beste Wahl, weil …“, „Kraft kann es nur machen, wenn …“, „Gabriel kann es nicht, weil …“, „Steinmeier verzichtet freiwillig zugunsten von …“

Wowereit verweigert jedes Mal eine Antwort, Lanz deutet das dann als Ablehnung des genannten Politikers. „Können wir fürs Protokoll festhalten und an die Agenturen rausgeben: Wowereit will keinen der vier?“ Lanz fragt: „Was ist mit Ihnen?“ Lanz lockt: „Die große Bühne wär doch was für Sie.“ Lanz behauptet: „Sie wären den Flughafen los.“ Über fünf Minuten geht das so. Es ist eine Form von Schattenboxen, fruchtlos, unwürdig.

Mit ähnlich beunruhigender Ausdauer presst er jedes Thema aus, das sich für billige Pointen anbietet, und sei es nur aus der kalkulierten Hoffnung heraus, dass die Wiederholung an sich irgendwann schon witzig sein könnte.

Er schafft dabei das Kunststück, das schon Kerner beherrschte, sich gleichzeitig von dem, was er tut, zu distanzieren. So fragt er den Linken-Politiker Klaus Ernst, ob es ihn nicht nerve, wenn er immer wieder auf seinen Porsche angesprochen werde, und spricht ihn dann immer wieder auf seinen Porsche an, zum Schluss mit dem Satz: „Richtig schön kommunistisch wäre, wenn Sie mir einen Zweitschlüssel gäben, und ich dürfte auch damit fahren.“

Die Biederkeit des lanzschen Vergnügens korrespondiert mit einem konservativen Populismus. Fassungslos staunt er, in was für einem Aufzug manche Piraten ins Parlament gehen und was sie dort für Wörter in den Mund nehmen. Natürlich kommt er gleich mit dem Satz, die Piraten hätten kein Programm, und natürlich versucht er seinen Piraten-Gast gleich zu provozieren mit dem Satz, wenn er für Transparenz in der Politik sei, solle er doch einen Blick in sein Schlafzimmer zulassen.

Er versucht nicht einmal ernsthaft, die Idee hinter dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ zu verstehen. Zu fasziniert ist er von der scheinbaren Abwegigkeit des Vorhabens und dessen Angreifbarkeit. Wenn er die Finanzierung durchgerechnet habe, sagt er einem Piraten, „kommen Sie zu uns in die Sendung, damit wir morgens nicht mehr aufstehen müssen“ (Gelächter, Applaus).

Da sitzt ein Mann, der selbst den Klassiker „Guten Abend, meine Damen und Herren, guten Morgen, liebe Studenten“ noch erzählt, als wäre das ein neuer Brüller.

Als er mit dem schwulen Designer Rath spricht, verheddert er sich hoffnunglos in dem Satz: „Ist es wahr, dass deine Mutter von dir wusste, dass du, öööh, nicht der Nachfolger wirst, insofern, als dass du den Enkel zur Welt bringen wirst und produzieren wirst?“ Das muss aber natürlich nicht Ausdruck von Verklemmtheit sein. Vielleicht hat er sich nur verplustert.

JENS HARTMANN / ZDF / PICTURE ALLIANCE / DPA

Bergsteiger Lanz: *„Klammer auf, Klammer zu“*

Es geht ihm um den Effekt. Wenn der Historiker Baring sich in eine Wut über die Linken redet, dann freut er sich wie ein kleiner Junge, wie sich der alte Mann echauffiert, und fragt nicht, worüber. Er biegt sich vor Lachen.

Und im Zweifel erschöpft sich seine Sensibilität dann auch schon in der Denkerpose, wenn er die Stirn in Falten legt und die Finger an die Lippen. Als sich die Schauspieler Til Schweiger und Armin Rohde in einen grenzenlosen Zorn über „Gutmenschen“ reden, die meinten, dass auch Sexualstraftäter Rechte hätten, unternimmt Lanz nicht einmal den Versuch, zu moderieren oder auch nur Missverständnisse aufzuklären. „Interessanter Punkt“, sagt er bloß.

Trotzdem glaubt er, Klammer auf, Klammer zu, dass das Fernsehen deutlich besser ist als sein Ruf, gelegentlich. Bei ihm ist es umgekehrt.

NETZPOLITIK

Digitale Druckwelle

Die erfolgreiche Kampagne gegen das Acta-Abkommen zeigt: Es gibt eine neue internationale Netzöffentlichkeit, auf die jede Regierung Rücksicht nehmen muss.

Sechs Jahre haben sie verhandelt, meist hinter verschlossenen Türen. Es ging um gefälschte Sonnenbrillen, Designer-Taschen, Markenuhren und um Urheberrechte in der digitalen Welt. 39 Staaten – darunter die EU-Mitglieder, die USA und Japan – wollten es ihren Behörden mit dem Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Acta) erleichtern, gegen Produktfälscher vorzugehen und Copyright-Bestimmungen durchzusetzen.

Was sich am Ende durchgesetzt hat, war allerdings etwas ganz anderes: eine neue, eine fast spontan entstandene Form von internationaler Netzöffentlichkeit.

Noch vor einem halben Jahr waren es vor allem kleine, wenig bedeutende Netzlobby-Organisationen wie die „Digitale Gesellschaft“ oder die französische „La Quadrature du Net“, die gegen Acta Front machten. Das Abkommen indes schien alle gesetzgeberischen Hürden zu nehmen, etliche Staaten hatten es schon unterzeichnet.

Der Franzose Jérémie Zimmermann, Sprecher von La Quadrature, der vor vier Jahren eine der ersten Websites gegen Acta freischaltete, räumt ein, selbst er habe geglaubt, der Zug sei längst abgefahren.

Am Mittwoch vergangener Woche aber geschah das lang Unwahrscheinliche: Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments lehnten Acta mit einer deutlichen Mehrheit von 478 Stimmen ab; nur 39 stimmten dafür. Auch wenn die Kommission es noch juristisch prüfen lässt, in dieser Form ist Acta damit reif für den Schredder.

Die Lobby der Nerds und Netzaktivisten hat sich gegen die Anwaltskanzleien der großen Markenartikler, der Film- und Musikindustrie vorerst durchgesetzt. Die digitale Druckwelle, die sie entfalteten, war einfach zu stark.

Vor allem in sozialen Netzwerken und auf YouTube war vorher eine beispiellose Anti-Acta-Kampagne losgebrochen, der politische Protest wurde viral – auch weil manche Aktivisten teils überzogene Schreckensszenarien vom Ende der Meinungsfreiheit verbreiteten.

Das Gute: Hunderttausende vor allem jüngere Bürger der Europäischen Union

VINCENT KESSLER / REUTERS

Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament: *„Der Anfang von etwas“*

interessierten sich plötzlich für deren Institutionen, schrieben Massen-Mails an Abgeordnete, unterzeichneten Petitionen und trugen den Protest gegen die Politik im Februar auf die Straßen. Zehntausende liefen mit Anti-Acta-Plakaten durch Berlin, Warschau, Paris oder Prag. Der Aktivist Zimmermann war in Kontakt mit „Stop Acta“-Initiativen in Mexiko und den USA.

Es ging dabei längst um mehr als den konkreten, mehrfach entschärften Gesetzestext.

Viele der Demonstranten protestierten gegen die Intransparenz des Verfahrens, vor allem aber gegen die gefühlte Grundhaltung hinter dem Pakt: Aus vage formulierten Passagen zum Urheberrecht in Artikel 27 lasen sie die Absicht, das Netz könne je nach Gusto des Anwenderlandes zensiert, seine Inhalte gefiltert und Seiten gesperrt werden.

Ganz unbegründet waren ihre Befürchtungen nicht: Aus frühen Versionen des Abkommens, die im Laufe der Zeit enthüllt wurden, ließen sich derlei Absichten durchaus herauslesen.

Hierzulande waren die Pläne der damaligen Familienministerin Ursula von der Leyen, Seiten mit kinderpornografischen Inhalten zu sperren („Zugangserschwerungsgesetz“) 2009 die Geburtsstunde einer neuen digitalen Bürgerrechtsbewegung, die viele Netznutzer politisierte und der Piratenpartei massiven Zulauf bescherte. Was „Zensursula“ für Deutschland, ist Acta nun auf globaler Bühne – ein identitätstiftendes Moment für eine internationale Netzöffentlichkeit. Aktivisten sprechen vom „Big Bang der Netzpolitik“.

Das Scheitern des Abkommens bestätigt dabei einen Trend. Erst Anfang des Jahres lief in den USA der „Stop Online Piracy Act“ („Sopa“) ins Leere. Wikipedia und andere legten aus Protest dagegen ihre Seiten zeitweise still, die Gesetzgeber zogen ihre Pläne schnell wieder zurück.

Welch erstaunlichen Bewusstseinswandel die digitale Druckwelle auslösen kann, zeigt beispielhaft die deutsche Justizministerin. Das Ministerium von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verhandelte Acta mit. Im November brachte die FDP-Ministerin es ins Bundeskabinett, das es abnickte. Noch Anfang des Jahres verteidigte sie den Pakt. Als die Proteste anschwollen, setzte sie sich auf einmal dafür ein, die Unterzeichnung zu verschieben. Das Abkommen sei „sehr, sehr unbestimmt, sehr schwammig“, erklärte sie nun nach der Ablehnung durchs Parlament.

Warnende Stimmen kritisieren mittlerweile, „die Meute“ habe sich durchgesetzt, „der digitale Mob“ („Frankfurter Allgemeine“). Die Angst vor dem Shitstorm regiere, die Politik kusche, dies sei eine Gefahr für die Demokratie.

Sicher gab es bei den Anti-Acta-Protesten Auswüchse, es gab Cyber-Attacken gegen Parlamente und ein Anonymous-Video, das ein überzogenes Schreckensbild eines Überwachungsstaats zeichnete. Doch das allein kann den Protest nicht diskreditieren gegen ein viel zu lange hinter verschlossenen Türen verhandeltes Abkommen, das schon deshalb kritikwürdig war, weil Hochburgen der Produktpiraterie wie Russland, Indien und Vietnam nie zum Verhandlungskreis gehörten.

Die Grünen hielten im EU-Parlament am Mittwoch Schilder mit einer anderen Botschaft hoch: „Hallo Demokratie, tschüs Acta“.

Der französische Netzaktivist Zimmermann reiste im Zuge der Kampagne in rund die Hälfte der beteiligten Staaten, seine Organisation La Quadrature, die zu etwa gleichen Teilen von einer Stiftung des Multimilliardärs George Soros und vielen Kleinspendern finanziert wird, verfasste mehr als 125 Pressemitteilungen und diverse Analysen. Sie ließ Aktivisten aus anderen europäischen Ländern nach Straßburg einfliegen. Klassisches Lobbying, von Shitstorm keine Spur.

„Das ist der Anfang von etwas, nicht sein Ende“, sagt Zimmermann, bei dem jetzt Glückwünsche aus aller Welt eintrudeln. Zumindest in einem Punkt will er jetzt, noch voller Euphorie, von den großen Lobbyfirmen lernen. „Bislang waren wir immer nur dagegen, künftig wollen wir positive Gegenvorschläge machen.“ Die nächsten Kampagnenziele stehen fest, die neuen EU-Urheberrechtspläne („Ipred“) hält er für „schlimmer als Acta“.

Und einerlei, ob die EU-Abgeordneten aus Überzeugung gegen Acta gestimmt haben oder aus Angst vor dem nächsten Digital-Tsunami, eines haben Aktivisten wie Zimmermann schon erreicht: Der Schwarm hat jetzt eine Lobby.

Spätestens seit Mittwoch wird sie ernst genommen. Die Netzöffentlichkeit sitzt künftig mit am Verhandlungstisch – wenn nicht durch Repräsentanten, dann in den Köpfen der Entscheider.

Marcel Rosenbach